



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 29
17.07.2015

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 43 % und 40,5 %, SPD zwischen 25,5 % und 23 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben 4-Felder-Tafel
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Eigene finanzielle Lage:	Bundesbürger erwarten eher Verbesserungen als Verschlechterungen
Wichtigstes Thema:	Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern - 82 % -
Anlage:	Grafik "Themen-Monitor"

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	42 (-)	43 (+1)	40,5 (-1,0)	41 (+1)
SPD	23 (-)	25 (-1)	25,5 (-0,5)	24 (-1)
FDP	4 (-1)	4 (-)	5,5 (+0,5)	6 (+1)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-1)	9,5 (+1,0)	9 (-1)
B'90/Grüne	11 (-)	11 (+1)	10,0 (-)	11 (-)
AfD	4 (-)	4 (+1)	4,0 (-)	4 (-1)
Sonstige	6 (+1)	4 (-1)	5,0 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.07.	09.-15.07.	01.-13.07.	14.-15.07.

Die Union liegt bei forsa 19 (-), bei Emnid 18 (+2), bei infratest dimap 17 (+2) und bei IfD Allensbach 15 (-0,5) Prozentpunkte vor der SPD.

Bei Emnid liegt die Union bei 43 %. Dies ist der höchste Wert seit Januar 2015.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	56 (-)
Gabriel	14 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.07.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 42 (+1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

93 % (-) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Gabriel. Von den SPD-Anhängern würden sich 42 % (-4) für Gabriel und 34 % (+3) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (19.07.2015)

² im Vergleich zur KW 25

³ im Vergleich zur KW 27

Problemlösungskompetenz

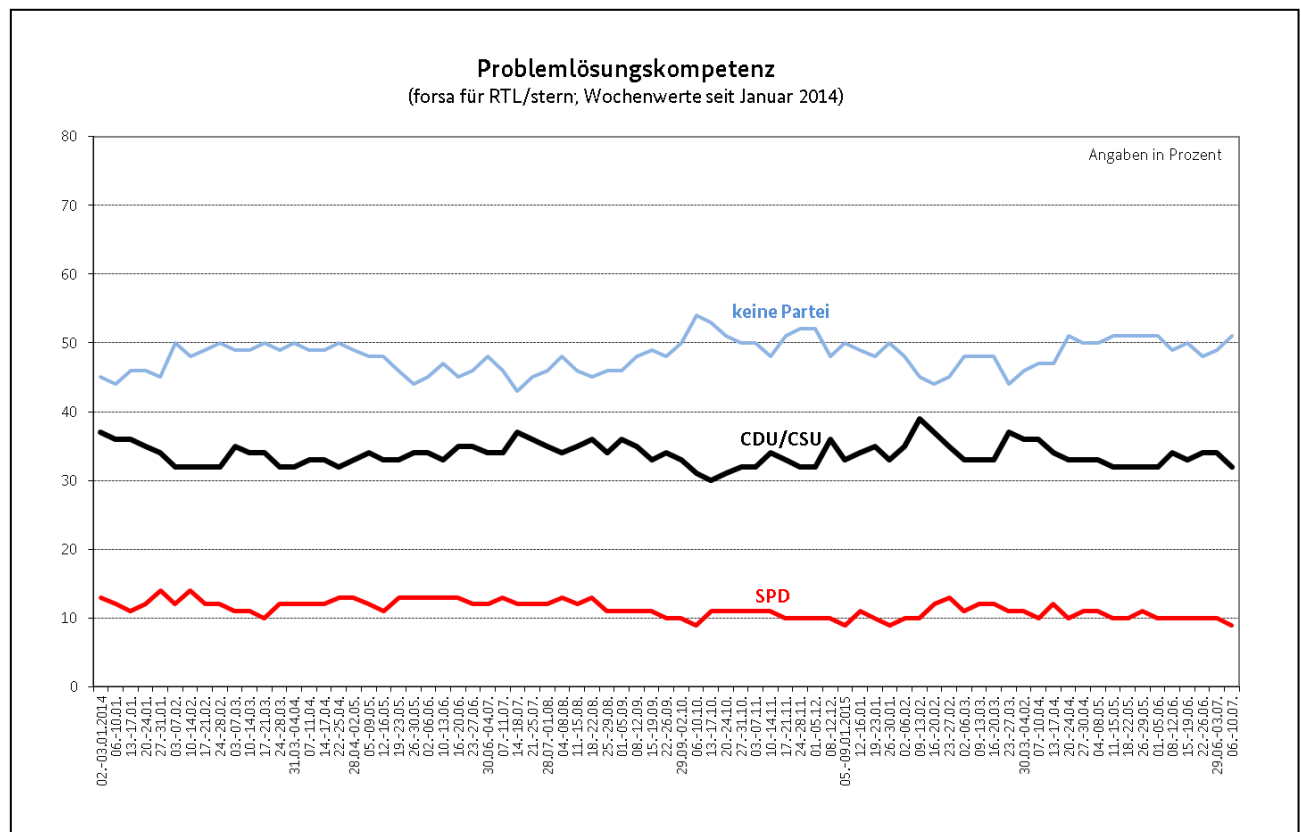
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	32 (-2)	
SPD	9 (-1)	
sonstige Parteien	8 (+1)	
keine Partei	51 (+2)	
Erhebungszeitraum	06.-10.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 23 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

72 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 30 % (-15) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juli 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2015

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69 (-)	29 (-)	2 (+1)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	59 (-2)	35 (-)	4 (+1)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (-2)	37 (+1)	5 (+2)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	53 (-4)	41 (+1)	5 (+2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	52 (-1)	38 (+4)	8 (-)	2 (-3)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-2)	43 (-)	7 (+3)	0 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	50 (-2)	43 (+1)	6 (+1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-2)	43 (-)	8 (+3)	1 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	46 (-2)	45 (+1)	7 (-)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	41 (-)	47 (+2)	9 (-1)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	41 (+2)	45 (-1)	10 (-1)	4 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (-7)	49 (+5)	13 (+2)	1 (-1)
Staatsschulden begrenzen	34 (-1)	48 (-1)	13 (+2)	4 (+2)
neue Technologien fördern	31 (+3)	54 (-)	13 (-2)	2 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	28 (-1)	46 (-2)	19 (+2)	5 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	27 (-3)	54 (-2)	16 (+4)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	27 (-1)	53 (-1)	17 (+3)	3 (+1)
für Preisstabilität sorgen	26 (-7)	59 (+5)	13 (+3)	1 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (+1)	59 (+2)	14 (-)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	21 (-3)	55 (-2)	20 (+5)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	08.07.+14.07.2015			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von 40-59-Jährigen (77 %) sowie von Anhängern der SPD (78 %), der Linkspartei (77 %) und der Union (74 %) als besonders prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (77 % zu 61 %). Über 60-Jährige (62 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 30-59-Jährigen (66 %) und von Anhängern der Union (65 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit einfacher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (67 % zu 51 %). Unter 30-Jährige (40 %) sowie Anhänger der Grünen (46 %) sehen diese Aufgabe unterdurchschnittlich häufig als prioritär an. Der Umwelt- und Klimaschutz wird von Anhängern der Linkspartei (73 %) und der Union (63 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (63 % zu 50 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Juli 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2015

Ernied für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	72 (-)	25 (+4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	70 (-1)	27 (+3)
neue Technologien fördern	69 (-)	25 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	69 (-4)	29 (+8)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	67 (-5)	25 (+5)
für Preisstabilität sorgen	63 (-)	33 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (-1)	34 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	59 (+1)	38 (-1)
Verbraucherschutz stärken	57 (+2)	38 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	57 (-5)	41 (+6)
Energiewende zügig vorantreiben	56 (+3)	41 (-)
Staatsschulden begrenzen	54 (-1)	41 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (-2)	44 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	50 (+3)	48 (-2)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-)	46 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	47 (+1)	49 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	40 (+1)	57 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	38 (-2)	60 (+5)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-3)	60 (+5)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (-4)	65 (+6)
Erhebungszeitraum	08.07.+14.07.2015	

In 14 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut, insbesondere bei der Vertretung der deutschen Interessen in der EU (72 %) bzw. im Ausland (70 %).

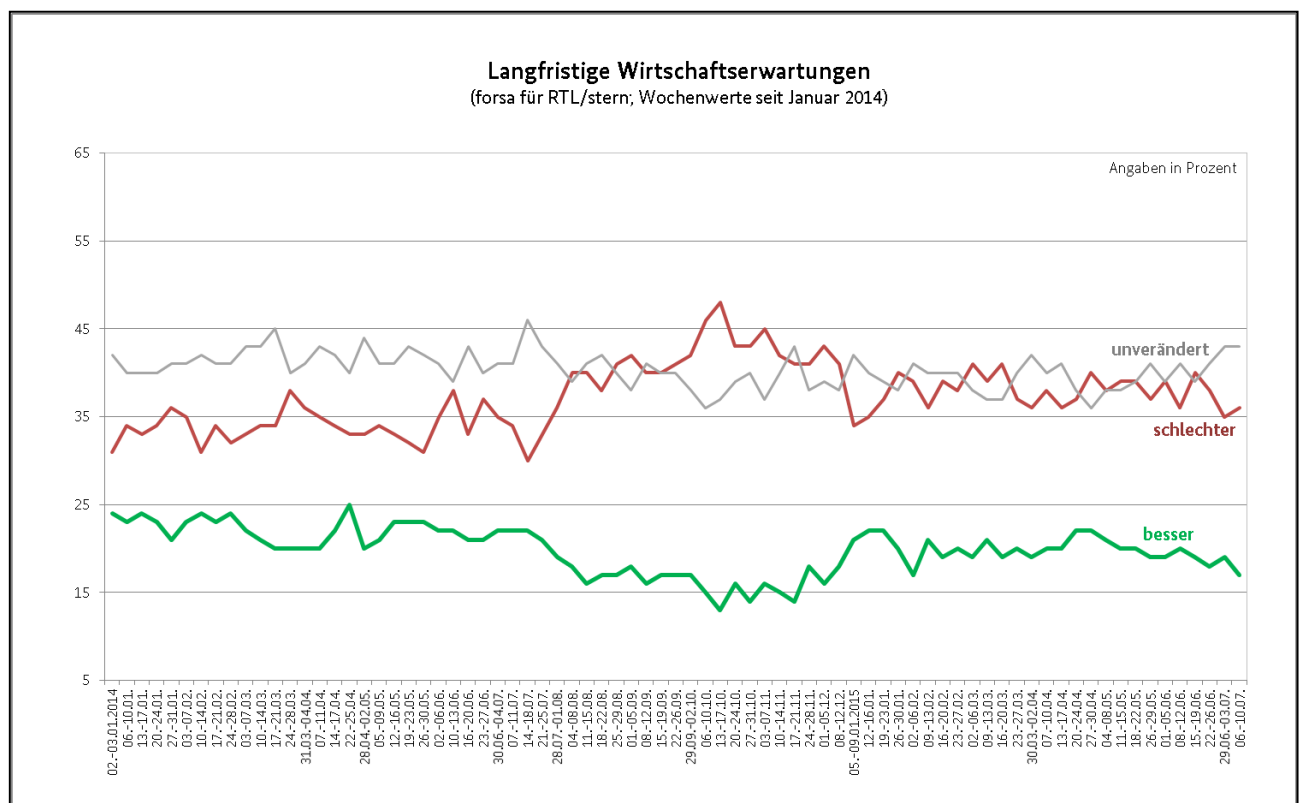
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	17	(-2)
schlechter	36	(+1)
unverändert	43	(-)
Erhebungszeitraum	06.-10.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 19 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	15	(-3)
schlechter als vor einem Jahr	14	(-2)
genauso wie vor einem Jahr	68	(+3)
Erhebungszeitraum	06.-10.07.	

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (24 % zu 9 %).

Auch Personen mit hoher formaler Bildung sehen im Gegensatz zu Personen mit einfacher formaler Bildung (21 % zu 8 %) eher eine Verbesserung und Gutverdiener eher als Geringverdiener (21 % zu 11 %).

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	22	(-1)
in einem Jahr schlechter	13	(-1)
ungefähr so wie jetzt	62	(+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.07.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (45 % zu 8 %).

Auch Geringverdiener (29 %) erwarten überdurchschnittlich oft eine Verbesserung.

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	50	(-5)
zurzeit eher ungünstig	40	(+2)
Erhebungszeitraum	06.-10.07.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (61 % zu 35 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Auch Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (58 % zu 40 %) dieser Ansicht und Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (52 % zu 41 %).

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
eher optimistisch	50	(+4)
eher pessimistisch	30	(-5)
Erhebungszeitraum	06.-10.07.	

Insbesondere Gutverdiener (58 %) und unter 30-Jährige (56 %) glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	82 (+3)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	9 (-1)
Iran, Atom-Programm	7 (neu)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	5 (-1)
Erhebungszeitraum	14.-15.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Krise in Griechenland bzw. der Staatsverschuldung in den Euro-Ländern. Der Wert steigt erstmals über 80 %, was sehr selten einem Thema gelingt. Nur fünf andere Themen (z. B. die Katastrophe in Japan/Diskussion um Atomausstieg, 2011: 89 %) kamen bisher auf höhere Werte.

Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit hoher formaler Bildung (87 %) sowie Anhänger der SPD (93 %) und der Union (87 %) die Krise in Griechenland bzw. die Staatsverschuldung in den Euro-Ländern als das wichtigste Thema der Woche. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (87 % zu 71 %). Unter 30-Jährige (71 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

